

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Zentralrat) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf., Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 50.

Berlin, Mittwoch, 7. November 1906.

Achtunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Ein inhumaner Überfall. — Arbeitslosenstatistik. — Ein sozialdemokratischer Arbeiterbetrieb. — Der Streik auf dem Eisenwerk in Kaiserslautern. — Petrusburger Briefe. — Allgemeine Rundschau. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Ein inhumaner Überfall.

Unser Ortsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Köln am Rhein hatte am Freitag, 2. November, nach dem Kriftall-Palast eine öffentliche Versammlung einberufen, in welcher Gieseler-Duisburg über den Streik auf Rothe Erde und das Verhalten der Christlichen referierte. Die Christlichen hatten alles, was laufen konnte, auf die Beine gebracht, so daß sie in der Versammlung die weit überwiegende Mehrheit bildeten. Nach unserem Referenten sprach der Beamte Schmidt vom christlichen Metallarbeiterverband. Die ganze Rede war nichts wie eine Flut aufsteigender Schimpfereien auf die Gewerkevereine. In einer Resolution, die er zur Abstimmung bringen wollte, sollte sich die Versammlung gegen die Gewerkevereine aussprechen. Dabei entstand eine so große Erregung, daß der Vorsitzende die Versammlung schloß.

Die Christlichen drehten im Innern des Kopfes und hielten wie Wölfe über die Gewerkevereiner her. Das Sozialdemokratische wurde zerschmettert. Ein Gewerkeverein ist sehr schwer vorzubereiten. Auch der Gewerkevereinsbeamte Hartmann-Wachen mußte den Krampf in Anspruch nehmen. Verdrückene Stühle, verschärfter Bierglas und zerstückertes Fensterglas deuten am Ende dieses inhumanen Überfalles den Saal.

Dieser unerhörte Vorgang kann nicht tief genug bedauert werden. Die Christlichen haben sich damit vor der gesamten deutschen Arbeiterschaft bloßgestellt. Die Erregung der Arbeiter in Köln ist begreiflicherweise eine ungewöhnlich große.

Arbeitslosenstatistik.

Die statistischen Erhebungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden haben im dritten Quartal eine bedeutende Erweiterung erfahren. Während das Kaiserlich-Statistische Amt in seinen früheren Erhebungen nur die Arbeitslosenziffer am letzten Tage des Quartals feststellen ließ, sind jetzt drei Stichtage im Quartal gewählt, und zwar die Endtage der 4., 8. und 12. Woche. Es soll dadurch eine bessere Uebersicht über die Arbeitslosigkeit innerhalb des Quartals ermöglicht werden. Die Arbeiten für die vorliegende Statistik, die zum ersten Male nach den neuen Anweisungen vorgenommen wurden, dürften natürlich noch nicht peinlich genau genug ausgeführt worden sein. Da den Ortsvereinskommissionen besondere Erhebungsanfragen überbracht wurden, dürften für spätere die jetzt noch vorgekommenen Mängel fortfallen.

An der Fählung beteiligten sich 64 Gewerkevereine mit 1.866.000 Mitgliedern. Von diesen waren arbeitslos:

Am 28. Juli: 8070 am Ort u. 2888 auf der Reise.
25. August: 7783 " " 2157
29. Septbr.: 10580 " " 2498

Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage im dritten Quartal betrug bei allen berichtenden Verbänden 545.795. Davon entfallen 410.851 Arbeitslosentage am Ort und 134.944 Tage auf der Reise. Fälle von Arbeitslosigkeit am Ort, unterhalb und nichtunterstützt, wurden insgesamt 71.851

geählt. Diese verteilen sich wiederum auf 66.669 männliche und 4882 weibliche Personen.

An Unterstützung erhielten die Arbeitslosen am Orte 586.904 Mk., diejenigen auf der Reise 224.303 Mk. Die gesamte Unterstützung der Verbände betrug mithin im dritten Quartal 811.207 Mk. An der diesmaligen Fählung sind sämtliche Gewerkevereine beteiligt. Das Resultat der Fählung veranschaulicht die nachfolgende Tabelle.

Gewerkeverein	Unterstützte			Erhaltenen Markt
	Männl.	Weibl.	Tage	
Maschinenbau u. Metallarb.	778	414	6177	9678
Kaufleute (Handlungsgehilf.)	52	27	449	598
Fischer	269	109	3865	6398
Schuhmacher u. Lederarbeiter	189	41	825	1258
Chemiker (Lehr- u. Arbeiter)	70	65	1908	2092
Schneider	25	18	244	217
Graphische Berufe	61	21	169	405
Blumen- u. Labalarbeiter	18	18	210	188
Köpfer	2	2	10	11
Bauhandwerker	8	8	87	89
Bergarbeiter	11	8	18	18
Bildhauer	1	1	3	5
Rundtöner	45	29	808	808
Brauer	11	2	42	58
Brotbacker	4	8	78	89
Schiffbau	8	8	112	78
Gesamt	1487	749	13800	21596
Ergebnis des II. Quartals	1805	1182	20581	65561
I.	2249	1822	28104	40591

Ein Vergleich mit dem Resultat der Erhebungen früherer Quartale zeigt, daß das dritte Quartal das günstigste des Jahres ist, da erfahrungsgemäß im vierten Vierteljahr eine Steigerung der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. Die Zahl der reisenden Arbeitslosen erfährt im dritten Quartal eine Steigerung. Die Unterstützungssumme für diese stieg von 2578 auf 3765 Mk. Diese Angaben sind insofern nicht ganz vollständig, als von den 16 berichtenden Gewerkevereinen hierzu nur 9 Angaben machten. Wünschenwert wäre es, wenn den Neuerungen bei der Erhebung seitens der Kaiserlich- oder Organisations die nötige Beachtung geschenkt würde.

Nur vollständiges und gewissenhaft geliefertes Material kann die Statistik wertvoll und glaubwürdig machen.

Ein sozialdemokratischer Arbeiterbetrieb.

Die Angriffe des Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker auf die Vorwärtsdrucker hatten die Redaktion dieses eigenartigen Arbeiterblattes in eine große Verlegenheit gebracht. Lange Zeit schwiege sie sich aus, um sich nachher damit zu entschuldigen, sie habe die Situation nicht verschärfen wollen. Schließlich kam die Geschäftsführung mit der beweislosen Behauptung, daß die Angriffe des Korrespondenten erlogen seien, denn die Vorwärtsdrucker sei ein Arbeiterbetrieb. Daneben wurden auf Krähner einige Dutzend Stinckbübel ausgegeben. Der Korrespondent ist bei seiner Antwort zwar auch nicht gerade wählertisch in den Ausdrücken, aber er läßt es auch nicht an dem nötigen Beweismaterial dafür fehlen, daß die Vorwärtsdrucker allerdings keinen Anspruch darauf machen darf, als ein Arbeiterbetrieb angesehen zu werden.

Die Drucker sind geleitet von dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Fischer. Darüber sagt nur der Korrespondent:

Der alte originalen Unternehmensleiter überlebte die Krise und wird in auch am besten gekennzeichnet durch die Art und Weise, wie er sich in seinem Betriebe als Herr im Hause ausspricht. Ein Kollege im Vorwärts' führt uns einige Aussprüche Bickers, wie er als Arbeiter den Verkehr

mit Arbeitern beliebt. Solgende Aussprüche Bickers lassen erkennen, daß das von ihm erwähnte Unternehmen ihm zuzutauen ist:

„Wie lassen uns nicht hinsetzen in die Maschinen des Geschäfts!“

„Der sich nicht fügt, den lassen wir die Konsequenzen ziehen!“

„Ich was, persönliche Ehre des Arbeiters —!“

„Die Organisation geht und gerichts an, wir haben unsere Forderungen!“

„Ich fühle mich nicht verpflichtet, auch nur einem Pfennig mehr zu bezahlen, als was gearbeitet wird!“

„Wenn es Ihnen nicht paßt, dann können Sie gehen!“

Der Vorwärts' hatte so getan, als wenn nur der Korrespondent' Redakteur den Streit mit dem Vorwärts' betrieb und hatte versucht, den Vorliegenden des deutschen Buchdruckerverbandes, Döblin, direkt gegen den Korrespondent' auszuspielen. Damit hat der Vorwärts' aber erst recht daneben gegriffen, denn Herr Döblin veröffentlichte eine Erklärung, in der es zum Schluß heißt:

„Ich erkläre, die Stellungnahme Krähners bei der Verteilung unserer Kartabmachungen in Rücksicht auf die maßlosen Angriffe auf die Funktionen unseres Verbandes und deren pflichtgemäße Tätigkeit seitens eines Teils der Parteipresse in vollem Umfange zu billigen, insbesondere auch dem Vorwärts' gegenüber.“

Berlin, 29. Oktober 1906. Emil Döblin.

Gegen den Vorwärts' nimmt auch der gestiftet gestellte Geschäftsführer des Tarifamts, Schliebs, Stellung und drückt die raffinierte Kontrolle auf, die im Vorwärts' herrscht, indem er folgendes erzählt:

„Die Sache verhält sich wie folgt: Als der Tarifauschuss im Jahre 1904 zu einer Beratung zusammentrat, nahm die Maschinenververeinigung Veranlassung, durch den Mund der Geschäftverreiter ihrem allgemeinen Willen darüber Ausdruck zu geben, daß sich in den Buchdruckerbetrieben eine Kontrolle dreiergewart habe, die nicht mehr zu ertragen sei. Dies geschah seitens der Maschinenververeinigung unter Berufung auf ein von der Vorwärts'-Drucker eingeführtes Kontrollbuch, das als das non plus ultra einer Kontrolle bezeichnet wurde und von keiner zweiten Buchdrucker in seiner sehr angelegentlichem Manier übertrifft sein sollte! Die Geschäftverreiter erklärten damals übereinstimmend, daß eine solche Kontrolle durchaus in Ordnung sei, und daß der einzelne Arbeiter täglich ein Stündchen brauche, wenn er gewissenhaft die ihm auferlegte Kontrolle beizumehren sollte. Dieses Kontrollbuch lag dem Tarifauschuss vor; allerdings verhielt sich gegen die Geschäftverreiter aus Fallgefühls wegen Namen der Firma, die solche Kontrolle für zweckmäßig erachtete. Aber auch die Prinzipalverreiter erklärten einstimmig ein solches Kontrollsystem für ganz unangehörig!“

Was also will die Vorwärts'-Drucker als eine „ausgewachsene Lüge“ zurückweisen! Hier gibt es nichts wegzutreten, sondern das, was du behauptest hast, entspricht der vollen Wahrheit!

Es ist mit aller Deutlichkeit der Beweis erbracht, daß das Kontrollsystem über die Leistungen der Arbeiter in der Drucker des Vorwärts' in einer Art und in einem Umfange geübt wird, daß es in jeder bürgerlichen Drucker den Anlaß zur Arbeitsniederlegung bilden würde. Gegen diese festgestellte Tatsache können die Vorwärts'-Drucker und auch die Redaktion nicht mit Schimpfworten aufkommen, selbst dann nicht, wenn sie alle Dutzend der Partei damit füllen wollten.

Der Streik auf dem Eisenwerk in Kaiserslautern.

Von einem Streitenden wird uns geschrieben: Rummer 9 bzw. 11 Wochen tobt in den Räumen von Kaiserslautern ein heftiger Kampf zwischen den Arbeitern und der Direktion des Eisenwerks. Der Kampf, in welchem sich die Gewerkevereine mit den Verbänden und Christlichen solidarisch erklärten,

wurde bisher von der Arbeiterschaft des Eisenwerks müßiggelassen. Obwohl dieser Kampf nicht nach den Forderungen der Gewerkschaften begonnen wurde, obwohl man über dessen wohlgemeintete Forderungen hinwegging und sie als Freigabe ansah, stehen die Gewerkschaften, wozu auch eine Reihe alter, erfahrener Arbeiter des Werkes gehören, fest in der Uebung treuer Solidarität. Auch sind diese alten Betrachter der Arbeit bereit, wenn es sein muß, noch längere Wochen im Kampfe auszuharren. Hiermit wurde ja denjenigen, welche gern mit einer Streikbrecher-Legende hafteren gingen, gründlich das Gesicht verborgen. Unsere Gewerkschaften haben bewiesen, daß ihre wohlüberlegte Stellung vor dem Kampf der Einnahme und Erfahrung, und nicht, wie man auf anderer Seite verteidigt behauptet, der Freigabe entsprungen sei. Hätte man nach unserem Rat gehandelt, so wäre die Arbeiterschaft schon weiter. Jetzt ist es noch nicht gelungen, einen annehmbaren, ehrenvollen Friedensschluß zu zeitigen, obwohl es an Verhandlungen nicht gefehlt hat. Herr Gewerkegerichts-Vorsitzender Wänchel hat sich große Mühe gegeben, einen Friedensschluß, welcher für beide Teile akzeptabel war, herbeizuführen.

Auch der Herr Fabrikinspektor von Speyer hat einen gleichen Versuch gemacht, leider ohne Erfolg. Die Direktion erklärt, wir verharren auf unserem Standpunkt. Wir wollen die Löhne erhöhen, aber wir wollen dies als eine Vertrauensfrage behandelt wissen. Jeder einzelne melde sich bei seinem Meister und verlange seine Zulage. Die Liste der Wünsche wird von der Direktion geprüft und soll dann jeder einzelne nach seinen Leistungen berücksichtigt werden. Das ist der Standpunkt der Firma, der bei jeder Verhandlung immer und immer wieder in demselben Ton in den Vordergrund gestellt wurde. Im übrigen sollten sämtliche Arbeiter des Werkes wieder eingestellt werden und sofort in ihre alten Rechte einreten. Zahltag und Rühnigungsfrist sollten, wie von den Arbeitern verlangt, gewährt werden. Der dritte Punkt war also noch die Form in der die Lohnzulage erfolgen sollte. Die Arbeiter verlangten etwas Großes, was stets, wie oben angeführt wird, von der Firma zurückgewiesen wurde.

So liegen zwischen den letzten Verhandlungen und heute wiederum 14 Tage, die dem Kampf noch keine Wendung zum Besseren gegeben haben. Wir Streikenden sind aber noch guten Mutes, denn was die Unternehmung anbelangt, so funktioniert dies bis jetzt tadellos, wenn man davon abliest, daß die christlichen und die sozial. Gewerkschaften für einige Zeit mit Sammelrufen an die Öffentlichkeit getreten sind, was sie aber später auf Grund eines Beschlusses im Zentralstreikkomitee wieder unterließen. Wäre dies nicht vorgekommen, so könnten die Arbeiter mit Stolz sagen: der Kampf wurde geführt ohne einen Großen Beteiligten. Das wäre in moralischer Hinsicht ein großer Vorteil gewesen.

Streikbrecher haben sich noch keine gefunden, nur haben sich die Zeitungsmonteur der Bewegung nicht angeschlossen. Es sind dies circa 60 Mann, welche gerade in dieser Jahreszeit den Lebensnerv der Firma bilden. Hätten sich diese 60 Mann, welche zum größten Teil im Metallarbeiterverband organisiert sind, der Bewegung angeschlossen, so dürfte wohl eine Wendung in diesem Kampf schon längst zu verzeichnen sein.

So liegen die Verhältnisse in diesem Streik, hoffen wir, daß bald ein Weg im beiderseitigen Interesse gefunden wird, auf welchem ein für die Arbeiterschaft annehmbarer Frieden geschlossen werden kann. Sollte dies nicht möglich sein, so werden wir festsehen im Kampf bis wir siegen oder ehrlich unterliegen.

Petersburger Briefe.

Petersburg, 31. (18.) Oktober 1906.

Der Zar hat vor wenigen Wochen das rote Geßel der Bauernrevolution dadurch zu beschwören versucht, daß er in einem Erlass befahl, die dem Staate gehörigen Domänen an die Bauern zu verteilen.

Schon einmal hat Landverteilung an Bauern Rußland aus großer Not befreit. Das geschah im Jahre 1863, als sich die Polen gegen die russische Herrschaft erhoben. Noch niemals hatte die polnische Sache soviel Anhänger und Freunde in Rußland gehabt wie damals. Sogar in gemäßigten Kreisen der russischen Gesellschaft sprach man es offen aus, es wäre eine Wohltat für Rußland, in Polen anstatt eines feindseligen Untertanen einen befreundeten Nachbarn zu haben. Als der Aufstand ausbrach, werten sich mehrfach russische Offiziere gegen die Polen zu marschieren und die russischen Truppen konnten der Aufständischen nicht Herr werden, weil diese sich auf den Vandalenkrieg verließen und von den polnischen Bauern heimlich begünstigt wurden. In dieser Verlegenheit griff die russische Regierung zu einem revolutionären Mittel.

Um Widerstand in die Reihen der Polen zu bringen, verteilte sie das Land der polnischen Großgrundbesitzer an die polnischen Bauern. Dieser Staats-

streich tat seine Wirkung. Die polnischen Bauern mußten zur russischen Regierung halten, um das gewonnene Land behalten zu können und die verarmten polnischen Adeligen flüchteten ins Ausland.

Heute ist die zarische Regierung wieder in großer Not. Abgesehen von der politischen Revolution in den Städten längigt die Petersburger Nachhader namentlich die wachsende Unzufriedenheit der immermehr verarmten russischen Bauern. Es ist kein Wunder, daß die russische Regierung nun wieder zu dem bewährten Mittel von 1863 greift und die Bauern durch Landverteilung der Revolution abspenstig zu machen sucht. Diesmal geschieht allerdings die Landverteilung nicht auf Kosten der adeligen Großgrundbesitzer, die ja die Hauptstütze der gegenwärtigen Regierung sind, sondern auf Kosten des Landbesitzes der Krone.

In den verschiedenen Provinzen des russischen Reiches sind jetzt die Provinzialräte zusammengetreten, um die Landverteilung in die Wege zu leiten. Die Agrarkommission des kurländischen Provinzialrates hat z. B. am 22. (9.) Oktober beschlossen; das Kronland von Fall je Fall in kleinen Losen an unbesoholene und fähige Bauern abzulassen gegen eine Anzahlung von 10 pSt. der ganzen Kaufsumme an die Krone. Für die Restschuld von 90 pSt. haben die Käufer jährlich 4 pSt. Zinsen und 0,25 pSt. Tilgung zu entrichten, so daß nach 66 Jahren ihr Landnerwerb schuldenfrei ist. Die Bedingungen machen auf den ersten Eindruck einen höchst humanen Eindruck, aber hier in Rußland ist Vorsicht am Platze. Die Hauptsache ist, zu welchem Preise das Land abgegeben wird?

Schon einmal sind bei einer solchen Gelegenheit die russischen Bauern aufs unerhörteste bewußt worden und da dieser Fall mit dazu beigetragen hat, die gegenwärtige Gefahr einer Bauernrevolution herbeizuführen, so mag es kurz erzählt werden. Die revolutionäre Bewegung des Jahres 1848 ähnelte sich in Rußland in einer Bewegung der leibeigenen Bauern gegen die Leibeigenschaft. Von 1850 wurden die Aufstände unbotmäßiger Leibeigener immer bedeutlicher. Als seit dem Ausbruch des Krimkrieges 1853-1856 in ganz Rußland Aushebungen stattfanden, breitete sich der Aufruhr mit bis dahin unerhörter Festigkeit aus. Weisfisch wurden die Grundherren von ihren Leibeigenen getötet und die Bauernausstände nahmen einen so ernstlichen Charakter an, daß man ganze Regimenter mit Artillerie zu ihrer Unterdrückung ausbrücken lassen mußte. Diese Aufstände auf der einen Seite und andererseits die tiefe Abneigung gegen die Leibeigenschaft innerhalb der Generation, die mit der Thronbesteigung Alexanders II 1855 in den Vordergrund trat, machten die Freigebung der Bauern zu einer gebieterischen Notwendigkeit.

Die Großgrundbesitzer wollten aber nicht mitmachen. Für sie war die Aufhebung der Leibeigenschaft vielfach der Ruin. Nun begannen die diplomatischen und ränkevollen Kämpfe zwischen den Großgrundbesitzern und den Liberalen. Beide suchten den Jaren für ihre Ideen zu gewinnen. Aus Furcht vor der Revolution willigte der Zar zwar 1861 in die Aufhebung der Leibeigenschaft, aber unter Bedingungen, die die Leibeigenen ruinieren mußten. Acker, die z. B. 11 Rubel wert waren, wurden den Bauern mit 40 Rubeln angeschlossen. Pachtsummen wurden verdoppelt. In ihrer Furcht über die erlangte Freiheit bemerkten die Bauern den Wucher nicht. Vieles hatten sie erreicht. Bisher durften einander nur Leibeigene desselben Grundherren hetzen. Der Herr tat sie zusammen, ohne nach Viehe zu fragen. Bisher durften die Leibeigenen nur Berufe ausüben, zu denen ihnen der Herr die Erlaubnis gab. Bisher konnte der Herr seine Leibeigenen von der Polizei, ohne Angabe von Gründen, auspeitschen lassen. Das sollte nun alles anders werden. Kein Wunder, daß die freudestrahlenden Bauern alle Verträge kritisch unterschrübten.

Viele der Grundherren verprahten sofort das Postkaufgeld, das ihnen die Regierung vorschob. Die Bauern aber begannen zu arbeiten, sie schauten, sich abzurufen, um im Laufe der Jahrzehnte zu bemerken, daß sie immer mehr verarmten. Sie hatten sich zu hohe Losen aufgebürdet. Das Militär, das die Steuerzuschüsse eintrieb, nahm den Bauern die Produktivität der Bauernwirtschaft immer mehr Wohl gemerkt, auf diese Weise verarmte der früher leibeigene Bauer.

Nun gibt es aber in Rußland auch Bauern, die seit Menschengedenken frei sind. Die wirtschaftliche Lage auch dieser Bauern ist miserabel und drängt zur Revolution, aber zur antizipalistischen Revolution. Nicht genug kann man auf diesen Punkt hinweisen. In den weiten, weiten Gebieten Groß-Rußlands, jenen unermesslichen Ländermassen, die Europa mit Asien verbinden, herrscht noch die allen Fortschritt hemmende kommunistische Eigentumsform, die wir Deutsche bereits vor 1000 Jahren überwandten. In Groß-Rußland geht der Grund und Boden vorzugsweise den Dörfern, die die Landwirtschaft nach sozialistischen Grundrissen betreiben. Der Erfolg dieser uralten kommunistischen Wirtschaftsordnung ist,

daß die Bauern Bettelarm geworden sind. Die Hungersnot ist häufiger Gast in Rußland. Nun strengen die Bauern nach liberalen Eigentumsreformen. Das Land soll den einzelnen Bauern zum freien Eigentum überlassen werden.

Welche Ironie liegt doch manchmal in der Weltgeschichte. In Westeuropa suchen eine Handvoll Stubengelehrter unter einem würdevollen Aufwand von „Wissenschaft“ den Arbeitern zu beweisen, daß nur der Sozialismus die Menschheit von Not und Elend erlösen kann und im großen russischen Reich hat dieser selbst Sozialismus die Landbevölkerung eines reichen Bodens völlig verelendet. Lernen wir aus der Geschichte!

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 6. November 1906.

Je näher wir dem zum 13. November anberaumten **Wiederzusammentritt des Reichstages** kommen, um so lebhafter beschäftigt sich die Presse mit dem gleich für den Beginn der Verhandlungen in Aussicht gestellten **Gesetzentwurf** betreffend die **Verleihung der Rechtsfähigkeit** an die **Berufsvereine**. Die „Kreuzzeitung“ spricht in ihrem Artikel die Hoffnung aus, daß der **Gesetzentwurf** bei seiner letzten Ueberarbeitung die **sozialdemokratischen Forderungen** und die **Solidaritätserklärung** der **Gewerkschaften** mit der **Sozialdemokratie** gebührend berücksichtigt“ für die **Konferenzen** sei maßgebend, was der Abgeordnete **Freiherr v. Rüdiger** am 30. November 1905 im Reichstag erklärt habe.

Herr v. Rüdiger-Dammsdorf bemerkte damals, die **Konferenzen** hätten einer **Ausdehnung des Koalitionsrechtes** nicht zustimmen, wenn nicht auf gewissen Gebieten, auf denen das **Koalitions-** und das **Streikrecht** den gesamten Staat schädigen könne. Wandel geschaffen werde; ferner müsse an den **Schutz der Arbeitswilligen** gedacht werden; das sei **absolut notwendig**. Zugleich aber sei auch auf irgendeine Art und Weise zu veranlassen, daß die **Berufsvereine** für einen **Widerruch ihrer Rechte** straf- und zivilrechtlich verantwortlich gemacht werden.

Die **Kreuzzeitung** hält daran fest, daß die **Erfüllung dieser Forderungen** bei der **Regelung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine** eine **unerlässliche Voraussetzung** sei.

Wir werden sehen, wie die **Reichsregierung** das Wort der **Thronrede** vom 29. November 1905 einlöst. In jener **Thronrede** wurde übrigens schon für die **vorige Session** der **Gesetzentwurf** in bestimmte **Aussicht** gestellt, „um den **gewerblichen Berufsvereinen** den **Erwerb der Rechtsfähigkeit** zu erleichtern und die **Wichtigkeit freier Betätigung ihrer wirtschaftlichen Interessen**“ in den **durch das gemeine Wohl** gegebenen **Grenzen** zu **gewähren**“.

Als unser **Dr. Max Stirch** noch lebte, da ließ die **sozialdemokratische Presse**, der „**Vorwärts**“ obenan, sein **gutes Haar** an ihm, jetzt auf einmal erkennt ihn auch der „**Vorwärts**“ an, indem er bei einem Angriff auf die **Freisinnigen** bemerkt, „daß seit dem **Tode des Anwalts** der **Gewerksvereine**, **Dr. Max Stirch**, unter den **freisinnigen Abgeordneten** keine **Reinigung** mehr zu bestehen scheint, für **Preußen** einen **einigenmaßen vernünftigen Arbeiterschutz** zu **befürworten**“. Tatsächlich liegt die **Sache** so, daß die **Kollegen** unvers versprochenen **Freundes** im **Parlament** in seinem **Geiste** sich nach wie vor **energisch bemühen**, „einen **einigenmaßen vernünftigen Arbeiterschutz** zu **befürworten**“. Wenn der „**Vorwärts**“ **ehrlich** sein könnte und wollte, dann hätte er **statt des erlogenen Angriffs** auf eine ihm **verhakte Partei** erklärt: **Hier haben** den **verstorbenen Dr. Max Stirch** oft **schweres Unrecht** getan, was wir **bedauern**, denn wir **haben** uns **überzeugt**, daß er in **allen Legislaturperioden**, die er dem **Parlamente** angehörte, **wirksam** für die **Arbeiterschaft** gekämpft hat.

Wie wir **voransagte** haben, so ist es **geskommen**. Die **französischen Arbeiter** wollen von dem **neuen Arbeitsministerium** nichts wissen. **Wieder „Voss. Zig.“** aus **Paris** mitgeteilt wird, **find** sie **über die Neuschöpfung** entrüstet. **Arbeitsvertrag, Lohnkampf, Verhandlungen** mit **Unternehmern** bei **Ausständen, Schiedssprüche** im **Streit** zwischen **Arbeitern** und **Unternehmern**. **Festsetzung** der **Höhepunkt** der **Arbeitsstunden** sind **Angelegenheiten** deren **Behandlung** und **Schlichtung** den **Gewerkschaften** ihre **Daseinsberechtigung** geben, und gerade diese **Angelegenheiten** **beschäftigt** sich das **Arbeitsministerium**. Die **Führer** der **Gewerkschaften** **weser** der **Regierung** daher **erbittert** vor, ihre **eigenliche** **Absicht** sei **nicht**, die **Lage** des **Proletariats** zu **bessern**, sondern den **Gewerkschaften** den **Boden** **abzugraben**; denn, **sagen** sie, wenn die **Regierung** von **Amis** wegen tut, was die **Gewerkschaften** mit **ihren** **Mitteln** und **Methoden** **befolgen** wollen, so werden **viele Arbeiter** es für **überflüssig** halten, **ihnen** **beizutreten**, die **Gewerkschaften** werden **nicht** in dem **Maße** **erstarben**, wie es **nötig** wäre, **damit** sie die **Macht** **erlangen**, eines **Tages** die **kapitalistische Gesellschaftsordnung**

zumzuführen und auf ihren Trümmern die Herrschaft des Proletariats aufzurichten".

Arbeiterbewegung. Auf den Siemenswerken in Berlin hat die Lage nach einer Verschärfung der Summarbeiter die Betriebsleitung gegen 300 Vertrauensmänner und Ausschüßmitglieder entlassen hat. — In der Bremer Silberwarenfabrik Aktiengesellschaft in Sebaldsbrück bei Bremen, war es wegen Vordifferenzen zum Streik gekommen, der aber durch beiderseitiges Entgegenkommen bereits beigelegt ist. — Die Paler, Ladiere und Kupfereiser in Chemnitz, die etwa zu Dreivierteln organisiert sind, haben beschlossen ihren Tarif zu kündigen und den Arbeitgeber einen neuen vorzulegen, der eine weitere Lohnerhöhung und Arbeitsverhältnisse gewährleistet. — Die Reizner und Kupfereiser des Glasfabrikanten von Weidm in Haderbühl 5. Dresden wurden sämtlich entlassen, weil sie sich nicht ohne weiteres ganz erhebliche Lohnnachlässe gefallen lassen wollten. — Die Arbeiter in der technischen Hartgummifabrik in Berlin haben am Freitag die Arbeit niedergelegt, da in sämtlichen Betrieben ihre Forderungen abgelehnt wurden. — Auch in den Weichgummifabriken der Gummiwerke Womp. Akt. Ges. Elmer. Hannover haben wegen erheblicher Arbeitsverhältnisse die Arbeiter den Streik begonnen. Als dann wegen Verweigerung von Streikarbeit im Wilschall einige Arbeiter entlassen wurden, legten auch hier alle Kollegen die Arbeit nieder. — In der Schokoladen-Fabrik von E. Sprengel & Co. in Hannover sind gegen 300 Arbeiter und Arbeiterinnen wegen Nichterfüllung einer 10prozentigen Lohnerhöhung in den Ausstand getreten. — Auch in der bekannten Schokoladenfabrik von Th. Hildebrandt & Sohn in Berlin befinden sich die Arbeiter in einer Tarifbewegung. — Auf gutlichem Wege haben die Seidenweberei in Trefeld vom 1. Dezember ab eine 5-15prozentige Lohnerhöhung erzielt. — Wegen Lohnstreitigkeiten sind in Embsdetten 1. Bestfallen in mehreren Betrieben an 1000 Textilarbeiter, die meistens dem christlichen Bunde angehören, gestreikt worden. — Der Streik der Straßenbahner in Erfurt hat mit einer Niederlage der Wagenführer endet. Ein Teil von ihnen zog die Kündigung zurück, die übrigen wurden entlassen. — Der Kampf in der Berliner Schuhindustrie dauert fort. Es handelt sich jetzt aber nicht mehr um die Forderungen der Vollschuhmacher, sondern um diejenigen der Fabrik Schuhmacher, die auf einer 10prozentigen Lohnerhöhung und Einführung des paritätischen Lohnnachweises bestehen. — In Finnland befinden sich die Steinbrücker und Lithographen wegen der Einführung eines Tarifes im Streik. — Der Ausstand des Personal der elektrischen Straßenbahnen des linken Seinenfers bei Paris ist durch einen Schiedsspruch des Ministers der öffentlichen Arbeiten beendet worden. — In Odessa (Rußland) sind die Mannschaften der Handelsschiffe in einer Stärke von 3000 Mann in den Streik getreten, weil die Behörden die bereits erteilte Erlaubnis des Rechtens der Organisation zurückgezogen haben. — Die Bewegung unter den Schiffbauarbeitern Englands nimmt an Ausdehnung noch immer zu. Die Arbeitgeber drohen ihre gesamte Arbeiterschaft auszusperren, wenn die Streikenden am Clyde nicht die Arbeit wieder aufnehmen. Daburgh würden 40000 Arbeiter betroffen werden. Auch am Tynehafen greift der Streik weiter um sich und droht zur Betriebsstillstellung zu führen. In der Leebucht ist es zum Streik gekommen, weil man den Arbeitern eine Lohnerhöhung um 25% zu zahlen, die diese sich nicht gefallen lassen wollten. Kommt hier eine Einigung nicht zustande, dann werden voraussichtlich 11000 Mann streiken.

Entlassung des Arbeiters, wenn er trotz Verbots Privatarbeiten für sich fertigt. Ein Arbeiter, der gekündigt war, „pönschte“ wiederholt, d. h. er fertigte während der Arbeitszeit in der Werkstätte und mit den zum Betriebe gehörigen Werkzeugen Privatarbeiten für sich. Diese Handlungswiese wurde ihm, als er das erste Mal dabei betroffen wurde, ausdrücklich unterlagt. Als er trotzdem das Pönschen nicht unterließ, erfolgte seine Entlassung ohne vorherige Kündigung. Dieses Vorgehen des Arbeitgebers fand, wie der Mannheimer „General“ mitteilt, die Billigung des Gewerbegerichts, da in der Handlungswiese des Arbeiters eine beherrschende Weigerung, den nach dem Arbeitsvertrag ihm obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, zu erblicken sei. Denn zum Wesen eines Arbeitsvertrages gehöre es, daß der Arbeiter seine gesamte Tätigkeit während der Arbeitszeit dem Arbeitgeber widmet. Eine beherrschende Weigerung, seinen Verpflichtungen nachzukommen, lag in erster Linie vor, wenn der Arbeiter benutzt seinen Pflichten fortgesetzt zu widerhandelt, d. h. wenn er in dem auf die Zuwiderhandlung gerichteten Willen beharrt. In gleicher Weise liege eine solche Weigerung vor, wenn der gleiche Wille wiederholt zum Ausdruck komme, obgleich der Arbeitgeber oder seine Vertreter den Mangel des

Einverständnis mit der Zuwiderhandlung ausdrücklich erklärt haben. Aus diesen Gründen sei der von dem Arbeiter ergebene Entschädigungsanspruch wegen Minderungsloser Entlassung abzuweisen.

Das von den Christlichen in Sachen des Kaugener Streiks herausgegebene Flugblatt gegen die Gewerbetreibe haben wir in Nummer 48 richtig taxiert als wir sagten, daß die Christlichen in Sachen die Unternehmer durch ein Flugblatt gegen die Gewerbetreibe erfreuen. Wie uns nämlich mitgeteilt wird, haben verschiedene Hüttenwerke das Flugblatt am „schwarzen Brett“ amtlich zum Aushang gebracht. Auf dem Ventrater Blechwalzwerk ist der Aushang noch mit folgender Bemerkung versehen worden: „Was die Christ-Dunckerischen an Verletzung veräußert haben, das holen die Christlich-Sozialen doppelt noch zum Schaden der Arbeiter und deren Familien und der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung.“ Die Firma Glender in Ventrath hat dem Aushang noch folgende Bemerkung hinzugefügt: „Arbeiter, seht wie ihr betrogen werdet, was die Christ-Dunckerischen an Verletzung veräußert haben, holen die Christlich-Sozialen doppelt noch. Darum Arbeiter Augen und Ohren auf!“

In dem die Christlichen gegen die Gewerbetreibe gehen, gehen sie gleichzeitig ungenutzt auch gegen sich selbst und besorgen daneben noch die Geschäfte der Unternehmer im Kampfe derselben gegen die Arbeiterorganisationen.

Diese Tatsache muß festgemerkt werden!

Bei ein höheres Krankengeld einen Einfluß auf die Krankheitsdauer! Mit dieser Frage beschäftigte sich im Reformblatt für Arbeiterversicherung ein Artikel, der das staatliche Versicherungswesen in Deutschland behandelt. Danach zahlten im Jahre 1904 das höchste durchschnittliche Krankengeld die eingeschriebenen Hilfsklassen mit 1,50 Mk. pro Krankentag, das durchschnittlich niedrigste Krankengeld die Gemeinde-Krankenversicherungen mit 60 Pfg. pro Tag. Bei den Betriebskrankenkassen und landesrechtlichen Hilfsklassen belief sich dieser Betrag auf 1,30 Mk. bei den übrigen auf 1,00 Mk. Die Krankheitsdauer betrug durchschnittlich für den einzelnen Erkrankungsfall 19,1 Tage; ein Zusammenhang zwischen dieser Dauer und der Höhe des Krankengeldes kann aus den gefundenen Zahlen nicht nachgewiesen werden. Die Gemeindefrankenkassen weisen sogar trotz des niedrigen Krankengeldes eine den Durchschnitt um 0,8 übersteigende Krankheitsdauer auf. Die höchste Krankheitsdauer haben die Ortskrankenkassen mit 20,5 Tagen pro Erkrankungsfall, während die eingeschriebenen Hilfsklassen trotz des hohen Krankengeldes den Durchschnitt der Krankheitsdauer nur um 0,2 übersteigern. Als auffallend bezeichnet es das Reformblatt, daß die beiden Krankenkassenarten, die das höchste Krankengeld zahlen, die niedrigste Krankheitsdauer aufweisen. Es sind dies die Bau- und die Betriebskrankenkassen. Im allgemeinen zeigen die Krankheitskosten eine fortwährende Steigerung. Sie betragen i. J. 1901 pro Mitglied und Jahr 18,94 Mk., i. J. 1902 bereits 17,02 Mk., im darauffolgenden Jahre 17,69 Mk. und i. J. 1904 sogar 19,97 Mk. Das ist ein erhebliches Zeichen dafür, daß die Leistungen der Krankenkassen in einem stetigen Steigen begriffen sind.

Die Ankündigung einer Arbeitersperre ist eine nach § 153 der Gewerbeordnung unter Strafe gestellte Prognose. So hat, wie wir bereits in Nr. 47 mitteilten, das Breslauer Oberlandesgericht entschieden. Es ist dabei von der Voraussetzung ausgegangen, daß der erwähnte Paragraph in allen Fällen Anwendung zu finden habe, in denen im gewerblichen Leben ein unzulässiger Zwang auf die Willensentscheidung eines anderen ausgeübt werde. Die Absicht der beiden beschuldigten Direktoren geht nun unabweislich dahin, durch ihre Ankündigung, die von den Arbeitern als Unheil aufgenommen werden mußte, in unzulässiger Weise auf diese einzuwirken. Die Bekanntmachung, daß eine Generalausperrung in Kraft treten würde, wenn die streikenden Formner und Sieger die Arbeit nicht wieder aufnahmen, beschränkte diese in ihren freien Willensbestimmung und verschlechte ihre Lage. Denn einerseits konnten sie von der Ausgesperrten die ihnen sonst sicher zu teil gewordene finanzielle Unterstützung im Lohnpaß nicht mehr erwarten, andererseits wurden sie überhaupt durch die Ausperrung beeinträchtigt, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, was im Interesse der Beschuldigten lag.

Diese durchaus logischen Ausführungen sind in der Schwarzdruckpresse lebhaften Widerspruch begegnet, der sich namentlich auf Reichsgerichtsurteil vom 12. Juli d. Js. stützt. Danach soll es keine durch § 153 verbundene Drohung sein, wenn die Anwendung an sich erlaubter Kampfmittel zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen den Gegnern vorher angekündigt und dadurch auf ihre Entscheidung einzuwirken versucht werde. Es darf

wohl als selbstverständlich angenommen werden, daß die angeklagten Leiter des Breslauer Metallindustriellenverbandes bis zum Reichsgericht gehen werden. Die Entscheidung dieses höchsten Gerichtshofes ist von grundsätzlicher Bedeutung, weshalb wir nach Erledigung des Falles nochmals darauf zurückkommen werden.

Niedriger Löhne müssen wir, was Herr Erleang in der „W. A. V.“ auf unseren Leitartikel in Nr. 48 in einer Briefkastentafel wörtlich sagt:

Kugsburg. Auf den Leitartikel der Herrn Landtagsabgeordneten Goldschmidt einzugehen, lehnen wir ab. Wir gedenken nicht, zu höhern Ehre des Metallarbeiterverbandes und mit einem eigenen Verbandsgenossen vor offener Front herumzujanken. Daß es sich (!) um eine persönliche Sache ankommt, beweist der Schlusssatz seines Artikels: „Erleang ist abgelehnt! Wer versuchen wollte, ihn zu halten, würde sich zum Mitschuldigen machen.“ — So bestätigt er selber, was er bespricht. „Man merkt die Absicht und wird verstimmt.“ Goldschmidt übernimmt die Rolle des Vorwärters in der Sozialdemokratie, nämlich die, sämtliche Vertretungsversuche in persönlichen Janak aufzuheben.

Ob es sich unsere Kugsburger Kollegen gefallen lassen wollen, daß sie durch Herrn Erleang wiederholt in den Verdacht gebracht werden, seine „Taktik“ zu billigen, müssen wir ihnen überlassen. Gegenüber der weiteren Anrempelung verweisen wir auf den Leitartikel in Nr. 48, den zu beantworten Herr Erleang aus einem Grunde ablehnt, den selbst zu respektieren ihm bisher uns gegenüber nie in den Sinn gekommen ist.

Wir überlassen es im übrigen den genannten Verbandsgenossen und den von ihnen eingesetzten Instanzen, darüber zu entscheiden, ob unser Leitartikel nur die Meinung unseres Redakteurs wiedergibt, oder ob, wie wir behaupten, die gesamte Organisation einzig in der Beurteilung der von Erleang erlassenen Taktik der Interlikel und Unwohrhaftigkeit.

Einmalig gestiftet wurde die Faltung der Kollegen in den Siemens-Schulder- und Siemens-Halske-Werken in einer gestern Abend im großen Saale des Verbandshaus abgehaltenen überaus stark besuchten Vertrauensmännerversammlung der Maschinenbauer. In der Billigungsresolution wird das diktatorische Vorgehen der Führer des Metallarbeiterverbandes gegen die Gewerbetreibe scharf verurteilt und es zur Grundbedingung für ein gemeinsames Vorgehen bei Lohnbewegungen gemacht, daß die Gewerbetreibe als gleichberechtigt anerkannt und zu allen Vorberatungen hinzugezogen werden. Es das nicht geschieht, da müssen die Beschlüsse, welche von anderen Organisationen allein gefaßt werden, auch von diesen allein durchgeführt werden. Das ist eine klare und feste Erklärung. Die Einmütigkeit in der Auffassung beruht ihr den gehörigen Nachdruck.

In der optischen Industrie macht der 44. Kundentag weitere Fortschritte. Auch die Optischen Werke von Ernst Leitz in Bietlar, die sich sowohl in geschäftlicher, als auch in sozialer Beziehung eines sehr guten Rufes erfreuen, wollen jetzt einen Versuch mit dieser verkürzten Arbeitszeit machen. Nachdem sich die Betriebsleitung durch eine allgemeine Abstimmung des Einverständnis der Gesellschafter versichert hatte, wurde in sämtlichen Abteilungen unter Beibehaltung der bisherigen Arbeitskräfte der Achtstundentagsbetrieb eingeführt. Um aber eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Werkes und der darin Beschäftigten zu vermeiden, wurden Vorkehrungen getroffen, um eine möglichst vollkommene Ausnutzung der verkürzten Arbeitszeit zu ermöglichen. Die Frühstück- und Vesperpausen fallen weg, und der Alkohol ist völlig aus dem Betriebe verbannt. Es besteht für uns kein Zweifel, daß dieser Versuch sich bewähren und den Achtstundentag in der optischen Industrie zur dauernden Einrichtung machen wird.

Gewerbetreibe-Teil

Chemnitz. Am Sonnabend, den 20. d. Mts., sprach in einer gutbesuchten Versammlung Kollege Hartmann-Berlin über: „Die Maßnahmen zur Verhütung von Streiks und Aussperrungen in England“. Die schweren wirtschaftlichen Kämpfe, welche sich in der deutschen Industrie in den letzten Jahren abgelehnt haben, so bemerkte der Redner einleitend, hätten in der Gesellschaft für soziale Reformen den Willen reifen lassen, eine Kommission deutscher Arbeiter nach England zu entsenden, um dort die Einigungsbedingungen, welche größere Streiks und Aussperrungen fast unmöglich machen, zu studieren. Von den „Auch“-Arbeiterführern der sogenannten „freien“ Gewerkschaften sei durch Schreiben und Telegramme an die Führer der englischen „Trade Union“ versucht worden, der Delegation die Decken ihrer Information zu verschließen. Dieses Zweck hätten allerdings jene Gelder nicht erreicht und die Kommission habe über alle Fragen weitgehenden Aufschluß erhalten. Die lächerliche Behauptung unserer Gegner von der Fälschung der Deutschen Gewerbetreibe eine Zersplitterung unter der